

Evangelische Verantwortung

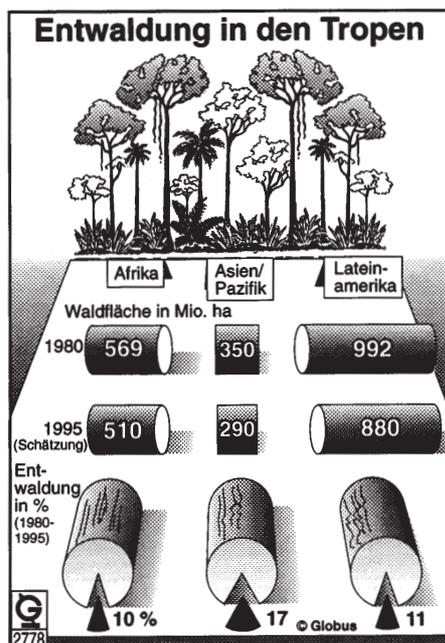
Umweltschutz: Handeln im Einklang mit der Natur

Jochen Borchert

Vor wenigen Tagen war in der Presse die kurze Meldung zu lesen, daß bei einem Erdbeben in einem Elendsviertel im brasilianischen Recife 43 Menschen umgekommen seien. Zehn Menschen waren unter der Schlammlawine vermißt, 3.000 Personen wurden obdachlos. Der Erdbeben war durch heftige Regenfälle ausgelöst worden.

Diese Meldung ist kein Einzelfall. Viel zu häufig lesen wir von ähnlichen Vorfällen. Wir glauben, es handele sich um zufällige Schicksalsschläge, um unausweichliche Naturkatastrophen. Sicher: Naturkatastrophen gab es schon immer. Sie können von Menschenhand auch nicht verhindert werden. Doch sind eine Reihe vermeintlicher Naturereignisse nichts anderes als Folgen menschlicher Eingriffe in die Natur. Die Natur reagiert mit Erdbeben auf Entwaldung, mit Klimaerwärmung auf Kohlendioxidemissionen, mit Grundwasserabsenkung auf Wasservergeudung.

Angesichts der tiefgreifenden und längst globalen Auswirkungen menschlichen Wirtschaftens ist offenkundig, daß wir Menschen an unserem Auftrag, die Lebensgrundlagen zu bewahren und die Umwelt zu gestalten, auch scheitern können. Dieser Gefahr des Scheiterns werden wir nur entgehen, wenn wir uns bewußt machen, daß die Freiheit menschlichen



Handelns mit der Verantwortung für dieses Handeln verknüpft ist. Freiheit und Verantwortung gehören nach unserer Vorstellung untrennbar zusammen. Und es liegt in unserer Verantwortung, die Umwelt zu schützen und für die nachfolgenden Generationen zu bewahren.

Dabei muß uns immer klar sein: Schöpfungsbewahrung ist nicht identisch mit Umweltschutz. Umweltschutz geht auch ohne Gott, Schöpfung dagegen „redet auch vom Woher und Wohin und vom Sinnhaften dieser Welt“ (Oberkirchenrat Dr. Martin Hohmann). Und zum Sinnhaften dieser Welt gehört nicht die mate-

rielle Natur als solche, sondern das menschliche Leben in ihr und mit ihr und die Beziehung des Menschen zu seinem Schöpfer. Aus meinem christlichen Verständnis heraus hat die Natur keinen vom Menschen losgelösten Eigenwert. Wenn wir die Natur tatsächlich um ihrer selbst willen schützen wollten, müßten wir Menschen uns vollständig aus der Natur „zurückziehen“ oder unser Menschsein grundsätzlich aufgeben.

Der Schutz der Umwelt kann also kein Selbstzweck sein, sondern er hat ein Motiv. Das heißt: Wir müssen eine tragfähige menschliche Entwicklung auf unserer Erde mit der Natur, nicht gegen sie, sichern.

Die Natur um uns herum gehört zum Menschen, genau wie wir zur Natur gehören. Nicht Ausbeutung wird vom Menschen verlangt, sondern sparsamer Umgang. Der Mensch, der um den Wert der Dinge weiß, ist als Mitgestalter in das Werden der Kreaturwelt mit hineingenommen. Er darf bebauen, er soll aber auch bewahren.

Themen:

Die Pflegeversicherung	4
Der steinige Weg zur Marktwirtschaft	5
Homosexualität und Kirche	9
Der Trend zur Kriegsdienstverweigerung ist gestoppt	11

Doch wie sieht die Wirklichkeit aus?

Wir Menschen sind nicht nur in Mitteleuropa bequem und anspruchsvoll geworden: Wir bewegen uns mit Vorliebe im eigenen Auto, genießen gerne die Spezialitäten aus den entferntesten Gegenden dieser Erde und halten uns am liebsten in einer Raumtemperatur von angenehmen 22 Grad Celsius auf. Unsere Bequemlichkeit hat ökologische Konsequenzen. Wir verbrauchen Natur. Indem wir in die Natur eingreifen, verändern wir unsere eigenen Lebensgrundlagen.

Dies taten wir schon immer, ob als Jäger und Sammler der Frühzeit oder als Bauern der Bronzezeit. In Folge des Bevölkerungswachstums und des schnelleren technischen Fortschritts wurden die Auswirkungen menschlichen Eingreifens im Laufe der Jahrhunderte immer spürbarer. Um Schiffe zu bauen, wurden ganze Landstriche abgeholzt. Verkarstung und Bodenerosion waren die Folgen. Das 20. Jahrhundert mit seiner Bevölkerungsexplosion und seiner expansiven Industrialisierung hat das globale Ökosystem massiv beansprucht. Es wird daher vielfach die Frage gestellt, ob wir auf eine ökologische Katastrophe zusteuern?

Handeln im Einklang mit der Natur!

Wir können die große Hoffnung haben, daß dieses Szenario nicht Wirklichkeit wird! Denn: Wir haben die Gefahren und ökologischen Risiken unseres Handelns erkannt. Und mehr und mehr setzt sich die Bereitschaft durch, die erforderlichen Korrekturen und Verhaltensänderungen umzusetzen. Heute wissen wir, daß unsere Lebensgrundlagen schon gefährdet sind, noch bevor die wirtschaftlichen Ressourcen aufgebraucht und die Rohstoffe erschöpft sind. Wir, das ist jeder Einzelne, das ist die Wirtschaft, das ist die Politik, das sind die Kirchen!

Schon aus Gründen der Selbsterhaltung muß menschliches Wirtschaften im Einklang mit der Natur stehen. Dabei dürfen wir nicht nur an uns denken, sondern wir tragen auch die Verantwortung für die nachfolgenden Generationen, für unsere Enkel und Urenkel. So wird auch in der aktuellen Diskussion um die Sicherung

des Wirtschaftsstandortes Deutschland nicht mehr gefragt ob, sondern nur wieviel Umweltschutz wir brauchen. Es ist heute unumstritten, daß nicht nur gesunde Nahrungsmittel, sondern auch eine **intakte Umwelt untrennbarer Bestandteil unseres Wohlstandes** sind.

Weil Umweltprobleme jedoch keine Grenzen kennen, sind zufriedenstellende Lösungen nur durch internationale Zusammenarbeit zu finden. Kein Land

Die schwierigste Herausforderung der nächsten Jahrzehnte, vor der wir stehen, lautet: Wie können wir Massenarmut, Verelendung, Hunger beseitigen und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schützen, das Weltklima stabilisieren, die Luftverschmutzung zurückführen?

der Erde kann allein die Aufgabe lösen. Wir sitzen gemeinsam im Raumschiff Erde. Niemand hat die Chance, aus diesem Raumschiff auszusteigen und sich woanders niederzulassen. Deshalb müssen wir unsere Erde gemeinsam in Ordnung halten.

Dabei müssen wir uns vor Augen halten, daß die industrielle Entwicklung der knapp 20 Schwellenländer dieser Erde, einschließlich China und Indien, schon jetzt in einem atemberaubenden Tempo verläuft. Die Folge: Der Schwerpunkt beispielsweise der klimaschädlichen Emissionen verlagert sich immer schneller von der nördlichen in die südliche Erdhalbkugel. Was ist zu tun? Dürfen wir der „Dritten Welt“ eine Entwicklung vorenthalten, die uns selbst zu einem ungeheuren Wohlstandsniveau verholfen hat?

Bewußtsein für ökologische Zusammenhänge stärken

Bei einem großen Teil der Menschheit sind nicht einmal die dringendsten Grundbedürfnisse befriedigt. Hier ist ein „nachholendes“ Wachstum unumgänglich. Bei diesem Entwicklungsprozeß muß die „Dritte Welt“ die Chance wahrnehmen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritt miteinander zu verbinden. Aus unseren Erfahrungen - aus unseren Fehlern - heraus können wir hier einen Beitrag leisten. Darum brauchen wir einen

partnerschaftlichen Dialog mit dem Ziel, das Bewußtsein für die ökologischen Zusammenhänge zu stärken. Auf dem Weg zu diesem Dialog sind wir seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 in Rio de Janeiro einen großen Schritt weitergekommen.

Mit der sogenannten Rio-Deklaration haben 178 Nationen ein deutliches Zeichen für weltweiten Umweltschutz gesetzt. Mit ihr haben sich die Staaten einmütig für eine neue globale Partnerschaft ausgesprochen. Dabei wird das Recht auf Entwicklung ausdrücklich anerkannt, die Souveränität über die natürlichen Ressourcen unterstrichen und gleichzeitig die Verpflichtung zu umweltschonendem Verhalten festgeschrieben.

Als Handlungsmaxime aller Nationen gilt das **Konzept der nachhaltigen Entwicklung**. Darunter versteht man eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne die Lebensmöglichkeiten künftiger Generationen durch übermäßige Beanspruchung von Umweltressourcen zu gefährden. Der Holzeinschlag darf nicht größer sein als die anschließende Wiederaufforstung. Dieses Konzept verpflichtet alle, auch die ärmeren Länder.

Prinzip der nachhaltigen Entwicklung

Natürlich ist dieses Postulat einfach und schnell formuliert. Die Umsetzung hingegen ist außerordentlich schwierig. Am Beispiel des brasilianischen Regenwaldes läßt sich die Problematik verdeutlichen. Mit Brandrodungen und Kahlschlägen des Tropenwaldes im Amazonasgebiet versuchen Millionen von Menschen, Ackerboden zu gewinnen.

Doch landwirtschaftlich genutzter Urwaldboden erodiert schnell, verkarstet, wird unfruchtbar. Die Folge: neue Böden müssen entwaldet werden, der Raubbau setzt sich fort. So entsteht eine „**Rodungsspirale**“, die nicht nur lokale ökologische Schäden nach sich zieht, sondern auch schwere Folgen für die Artenvielfalt auf unserer Erde und das Weltklima hat.

Nun bezweifelt niemand, daß die Erhaltung des Tropenwaldes eine globale Verantwortung ist.

Brasilien braucht wie alle Länder Fortschritt und Entwicklung, um den Menschen Brot und Erwerb zu bieten. Brasilien soll und muß darum seinen Wald nutzen. Dazu gehört auch der Export tropischer Hölzer. Ein Tropenholzboykott hilft nicht dem Urwald, im Gegenteil. Wer den Export von Holz verbietet, macht den Tropenwald für die Einheimischen wertlos. Stets würde die Verlockung bestehen, Brandrodung zu betreiben. Haben die Wälder hingegen einen Wert, weil man das Holz verkaufen kann, wird niemand es verbrennen wollen.

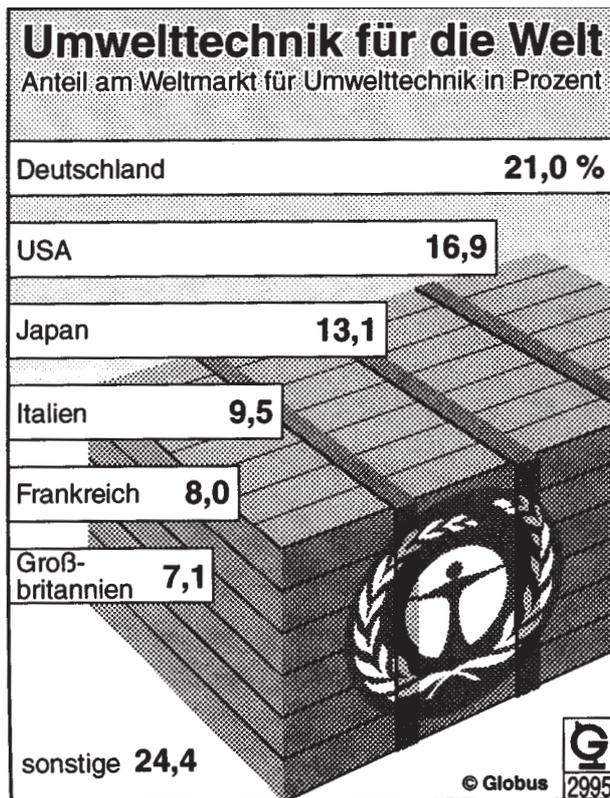
Wenn wir soweit übereinstimmen, bleibt immer noch die schwierige Aufgabe, umweltgerechte und nachhaltige Bewirtschaftung des Regenwaldes mit ständiger Wiederaufforstung umzusetzen. Oder allgemein: Wie überall in der Welt gilt auch in Brasilien: Der Wald muß mit seinem vielfältigen Nutzen für uns und die nachfolgenden Generationen **erhalten** bleiben. Damit ist dieses Prinzip der nachhaltigen Entwicklung tatsächlich wie eine Regieanweisung zur Gestaltung und Bewahrung der Schöpfung zu verstehen.

Was passiert konkret in Deutschland?

Globale Verantwortung bedeutet selbstverständlich, daß Brasilien und alle anderen Staaten der „Dritten Welt“ auch einen Anspruch auf finanzielle internationale Hilfe haben. Dieses Geld ist eine Investition in unsere ökologische Überlebensfähigkeit.

Doch täuschen wir uns nicht. Auch ein intensiv geführter partnerschaftlicher Dialog und noch so viel Geld von uns Reichen zum nachhaltigen Schutz der Umwelt in den Entwicklungsländern bleiben fruchtlos, wenn es an der Glaubwürdigkeit unserer eigenen Bemühungen mangelt. Darum ist es entscheidend, daß wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Solange wir von anderen etwas verlangen, was wir selbst zu leisten nicht bereit sind, wird sich nichts ändern. Global denken, aber lokal handeln ist gefragt. Der Wille ist bei uns vorhanden.



Die Bundesregierung tritt dafür ein, daß die politischen Vereinbarungen der UN-Konferenz konsequent umgesetzt werden. Deshalb werden wir auch die Vorreiterrolle Deutschlands im Umweltschutz weiter ausbauen. Wir haben hier weltweit ein hervorragendes Niveau erreicht. In der **Luftreinhaltung** konnten in den letzten 20 Jahren die Emissionen von Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Staub und Schwermetallen beachtlich reduziert werden. Im **Gewässerschutz** haben wir von der Oder bis zum Bodensee erhebliche Fortschritte erzielt. Beispielsweise hat sich die Belastung der Elbe mit Quecksilber seit der Wiedervereinigung halbiert. In der **Abfallentsorgung** hat die Verpackungsverordnung eine deutliche Entlastung gebracht. Seit 1991 ist der Verpackungsmüll um mehr als eine Million Tonnen zurückgegangen.

Und was entscheidend ist: Diese beachtlichen Fortschritte im Umweltschutz konnten erreicht werden, ohne die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft übermäßig zu beeinträchtigen. Dies ist unverzichtbar für die gesellschaftliche Akzeptanz aller umweltpolitischen Maßnahmen, gerade auch in der augenblicklich schwierigen Situation der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt.

Eine anspruchsvolle Umweltschutzpolitik hat sogar ökonomische Vorteile: Die Umweltforschung wird intensiviert. Der **Fortschritt in der Umweltschutztechnologie** wird gefördert. Eine wachsende, international erfolgreiche Umweltschutzindustrie entsteht. Arbeitsplätze in modernen, zukunftsweisenden Branchen werden geschaffen. Dies zeigt: Ökonomie und Ökologie sind bei umfassender Betrachtung nicht zwangsläufig Gegensätze. Umweltschutz ist eine Zukunftsinvestition, um den Standort Deutschland zu sichern. So haben bereits etwa 6.000 deutsche, meist mittelständische Unternehmen im Umweltsektor mit rund 20 % des Weltmarktes eine internationale Spitzenposition erreicht. Der umwelttechnische Markt ist heute mit einem Umsatzvolumen von etwa 25 Mrd. DM in Deutschland einer der dynamischsten Wachstumsmärkte.

Umweltschutz schafft neue Arbeitsplätze

Aber nicht nur die Produkte werden zunehmend umweltfreundlicher. Auch die Produktionsweise selbst wird es. Die Unternehmen reagieren. Immer mehr Betriebe verstehen Umweltschutz nicht mehr als Kostenfaktor, sondern als Chance, sich einen Wettbewerbsvorsprung zu verschaffen.

So gibt es heute kaum noch eine Marketingkampagne für ein Produkt, die nicht irgendeine ökologische Leistung mit anpreist sei es eine hohe Recyclingquote oder sei es die Verwendung nachwachsender Rohstoffe.

Die Unternehmensstrategen wissen genau, daß eine ökologisch verträgliche Produktionsweise nicht nur sinnvoll, sondern auch verkaufsfördernd ist.

Aber nicht nur das: Umweltschutz schafft auch neue Arbeitsplätze. Schon jetzt verdanken in Deutschland knapp 700.000 Menschen ihren Arbeitsplatz dem Umweltschutz. Bis zum Jahr 2000 werden nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wahrscheinlich noch einmal über 400.000 neue Arbeitsplätze auf dem Umweltsektor entstehen.

Ich bin überzeugt: Unser christlicher Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung geht weltweit mehr und mehr ins Bewußtsein der Menschen über und beeinflusst zunehmend ihr wirtschaftliches Handeln.

Umweltschutz in der Landwirtschaft

Aber wie sieht es damit in dem Wirtschaftszweig in Deutschland aus, der auf's engste mit Natur und Umwelt verflochten ist: der Landwirtschaft? Gelegentlich geisterte früher in der Öffentlichkeit noch das Bild von dem Landwirt umher, der die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft, aber auch die Tier- und Pflanzenwelt im Interesse sei-

nes kurzfristigen ökonomischen Vorteils ausbeutet. Es war und ist ein Zerrbild, das nicht der nachhaltigen bäuerlichen Wirtschaftsweise entspricht. Der Bauer dachte und arbeitete schon immer in langen Zeiträumen. Es war schon seit jeher sein Streben, gesunde Böden und Tiere zu haben und damit den Hof für die Kinder und Enkelkinder zu erhalten.

Der Bauer heute ist aber mehr als nur Erzeuger von Nahrungsmitteln. In zunehmendem Maße erbringt er Leistungen der Landschaftspflege. Die Bedeutung dieser Aufgabe wächst und wird weiter wachsen. Diese ökologischen Leistungen der Landwirtschaft gibt es auf keinem Markt. „Landschaft“ läßt sich nicht aus den USA, nicht aus Kanada und nicht aus Australien

importieren. Es gibt sie nur hier geschaffen und erhalten von unseren Bäuerinnen und Bauern. Ohne eine gesunde Umwelt, ohne die verantwortungsvolle Rücksichtnahme auf die natürlichen Ressourcen dieser Welt, endet jedes Wirtschaften wie der Turmbau zu Babel.

Umweltschutz ist unverzichtbar, Umweltschutz ist aber nicht alles.

Grundsätzlich muß der Schutz der Umwelt integraler Bestandteil der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung jedes Landes sein. Nur so läßt sich das Ziel erreichen, die Umweltbedingungen soweit zu verbessern, daß die Menschen auch langfristig ein würdiges Leben führen können. ■

Die Pflegeversicherung: Ein Stück mehr an Menschlichkeit

Dr. Bernhard Worms

Seit dem 01. April des letzten Jahres ist die 1. Stufe der Pflegeversicherung in Kraft. Zunächst wurden Leistungen für die häusliche Pflege gewährt. 1,2 Millionen Mitbürger erhalten Leistungen, die eine konkrete und spürbare Verbesserung für ihr Lebensumfeld bedeuten.

Die Pflegeversicherung hatte 1,9 Millionen Anträge zu bewerten, 1,8 Millionen davon waren zum 01. April 1996 entschieden. Eine herausragende Leistung der Mitarbeiter der Pflegekassen, denn im Schnitt mußten 150.000 Anträge monatlich sachkundig bearbeitet werden. Der Antragsstau in der Anfangsphase wurde damit zügig abgebaut. Die Leistungen der Pflegeversicherung erreichen die Pflegebedürftigen und ihre Familien. Allein in der Pflegestufe III erhalten 210.000 Pflegebedürftige entweder 1.300,- DM Pflegegeld oder Sachleistungen bis 2.800,- DM, in Härtefällen bis 3.750,- DM. Hinter diesen nüchternen Daten und Fakten verbirgt sich eine Hilfe zur Selbsthilfe für Familien, die Pflegebedürftige in ihrem Haushalt versorgen. Der Start der Pflege-

versicherung ist damit gelungen. Kritiker befürchteten, bereits nach den ersten acht Tagen Laufzeit würden sich Milliarden Defizite einstellen. Ein Bankrott und ein schnelles Ende der Pflegeversicherung wurden von überkritischen „Experten“ vorausgesagt. Die Realität sieht aber ganz anders aus: Ende 1995 wies die Pflegeversicherung eine Rücklage von 5,6 Milliarden Mark auf. Das sind knapp vier Monatsausgaben. Dennoch besteht kein Spielraum für Beitragssenkungen.

Der Start der **ambulanten Pflege** bedeutet insbesondere eine wirkliche Hilfestellung für Frauen, die im Regelfall ihre pflegebedürftigen Familienangehörigen versorgen. Endlich erhalten sie für ihr Engagement Leistungen aus der Renten- und Unfallversicherung und sind somit abgesichert. Mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sehe ich hierin ein großes Stück sozialen Fortschritts für unsere Gesellschaft.

Die Pflegeversicherung schafft auch **mehr Beschäftigung** in Deutschland. So wurden in jüngster Zeit ca. 3.000 private Pflegedienste gegründet. Nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit ent-



Dr. Worms: Die Pflegeversicherung bedeutet auch einen sozialen Fortschritt für unsere Gesellschaft

stehen durch diese zahlreichen Firmen-neugründungen 350.000 neue Arbeitsplätze im Pflegebereich. Junge Menschen und Frauen, die nach einer längeren Erziehungsphase ins Berufsleben zurückkehren möchten, erhalten eine neue berufliche Perspektive. Pflegeberufe haben eine gute Zukunft. Gerade für Menschen, die lieber mit und für Menschen arbeiten und nicht an Computern und Maschinen, bedeutet der Beruf Altenpfleger Chance und Herausforderung zugleich.

Der größte Erfolg der 1. Stufe der Pflegeversicherung ist jedoch: Der Andrang auf die Alten- und Pflegeheime ist gestoppt.

Viele Angehörige entschließen sich, Pflegebedürftige in der jahrzehntelangen vertrauten Umgebung zu betreuen. Ältere Hilfsbedürftige bleiben in ihrer angestammten Wohnung und werden dort von vertrauten Menschen umsorgt. Dies ist ein Stück **mehr Menschlichkeit in unserer Gesellschaft**. Es stärkt den Zusammenhalt der Familien und schützt gerade ältere Menschen vor Einsamkeit. Auch das bestgeführte Alten- und Pflegeheim kann die gewohnte Umgebung und die eigene Familie nicht ersetzen.

Dieser Erfolgskurs der Pflegeversicherung muß fortgesetzt werden, daß heißt, die 2. Stufe muß in ihrem vollen Umfange realisiert werden. Bundeskanzler Helmut Kohl bin ich dankbar, daß er in seiner Regierungserklärung für mehr Wachstum und Beschäftigung keinen Zweifel daran gelassen hat, daß die 2. Stufe der Pflegeversicherung, mit der die **stationäre Pflege** eingeführt wird, wie geplant am 1. Juli dieses Jahres in Kraft tritt.

Damit werden die Kommunen mit 9,5 Milliarden DM entlastet. Das Inkrafttreten der 2. Stufe der Pflegeversicherung stellt die längst notwendige finanzielle Entlastung der Sozialhilfeeinheiten der Städte, Gemeinden und Kreise dar.

Im Gegenzug wird aber von den Bundesländern und Kommunen seitens der Bundesregierung erwartet, daß sie ihre gemachten Zusagen einhalten, einen Teil ihrer Einsparungen für die dringend notwendigen Investitionen für Pflegeheime einzusetzen. Die Länder sind jetzt in der Pflicht, mit ihrer Sozialpolitik den Erfolg der Pflegeversicherung zum Wohl der Pflegebedürftigen und ihrer Familien zu sichern.

Ein Verzicht auf die 2. Stufe der Pflegeversicherung hieße, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Die fünfte Säule des sozialen Sicherungssystems ist erst dann ein stabiler Pfeiler, wenn die 2. Stufe verwirklicht wird. Die Leistungen der Pflegeversicherung im Rahmen häuslicher Pflege sind nur ein Teil des großen Ganzen. Eine Pflegeversicherung, die nur einseitig ambulant wäre, ist nur eine unvollständige Pflegeversicherung.

Beide Stufen ergänzen sich wechselseitig. Die ambulante häusliche Pflege verhin-

dert die vorzeitige und kostspielige Inanspruchnahme eines Alten- bzw. Pflegeheimes. Die vollstationäre Pflege springt da ein, wo die ambulante und teilstationäre Pflege nicht mehr ausreicht.

Die neue Pflegeversicherung garantiert, daß möglichst viele Pflegebedürftige nicht Abhängige der Sozialhilfe sind. Es ist diskriminierend, daß Menschen, die ein Leben lang ihre Frau bzw. ihren Mann im Berufsleben gestanden haben, an ihrem

Lebensabend auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Die volle Realisierung der Pflegeversicherung bedeutet mehr Humanität für unser Land und eine Leistung für diejenigen, die am aller notwendigsten der Hilfe bedürfen. ■

Anm.:

Dr. Bernhard Worms ist Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung a.D. und Bundesvorsitzender der Senioren-Union

Der steinige Weg zur Marktwirtschaft Der Transformationsprozeß in Mittel- und Osteuropa als Herausforderung

Prof. Dr. Otto Strecker

Die Staaten Mittel- und Osteuropas haben nach der politischen Wende im Jahre 1989/90 die Umwandlung ihrer Zentralverwaltungswirtschaften in Marktwirtschaften eingeleitet. Die hierbei zu bewältigenden Hemmnisse erweisen sich als schwerwiegender, als dies von manchem Beobachter zunächst erwartet wurde. Denn die Struktur der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften verfügte über zahlreiche Stützpfiler - verankert in Institutionen und in Köpfen.

Eine Planwirtschaft, in der alle wichtigen Wirtschaftsvorgänge durch eine oberste Wirtschaftsbehörde zentral geplant und gelenkt werden, benötigt dafür eine aufwendige Bürokratie, in der viele große und kleine Machtpositionen zu besetzen sind. Es ist menschlich, daß die Inhaber dieser Positionen in vielen Fällen verklärt daran zurückdenken, daß sie ohne Widerspruch anordnen oder als Anweisung weitergeben konnten, was, wieviel, wo und wie produziert und verteilt wurde.

Infolge der Größe und Komplexität einer Zentralverwaltungswirtschaft kann eine leitende Instanz den gesamten Wirtschaftsprozess nur sehr schwer überblicken. Zur Planung braucht sie daher einen riesigen Verwaltungsapparat. Aber damit stößt die Planwirtschaft allein schon im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand an ihre Grenzen. Noch höher sind

allerdings die volkswirtschaftlichen Kosten, die aufgrund der Unflexibilität des Systems dadurch entstehen, daß der Ressourceneinsatz oft unzweckmäßig erfolgt und die Arbeits- und Kapitalproduktivität unzureichend bleibt.

Diese Mängel sind in den sozialistischen Ländern von der politischen Führung gesehen worden. So oft die planwirtschaftlich gesteuerten Länder das Erreichen des Wohlstandsniveaus des „Kapitalismus“ als Zielvorgabe nannten, dokumentierten sie zugleich den tatsächlichen Abstand. Aber die zentrale Steuerung der Wirtschaft war für den Kommunismus unaufgebbar. Denn sie war Teil des alleinigen Führungsanspruchs der Partei in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Als wichtigstes ökonomisches Instrument der Verwirklichung des Sozialismus galt das rechtlich und tatsächlich dominierende Staatseigentum an den Produktionsmitteln. Die Konsequenzen dieser Eigentums- und Entscheidungsstrukturen waren

- Anreizdefizite und Leistungsschwäche sowie
- hoher Ressourcenverbrauch mit nachhaltigen Schäden für die Allgemeinheit. Daraus entstand in der Praxis weithin ein System organisierter Verantwortungslosigkeit. Schlendrian und Achtlosigkeit waren die Auswirkungen.

Zentrale Anforderungen

Dies entwickelte sich zu einem Teufelskreis: Der machtvolle Staatsapparat dämmte die Eigeninteressen der Menschen weiter ein, da kein Anreiz zur Aktivität bestand. Dies führte zwingenderweise zu einer weiter verstärkten staatlichen Kontrolle und zu erneuten ordnungspolitischen Eingriffen, um die notwendige Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Dazu waren wiederum umfangreiche bürokratische Planungs- und Entscheidungsverfahren erforderlich.

Der **Übergang zur Marktwirtschaft** kann nur gelingen, wenn dieser Teufelskreis entschlossen durchbrochen wird. Marginale Zugeständnisse reichen dazu nicht aus. Es handelt sich noch nicht um Marktwirtschaft, wenn kleine Inseln freier Preisbildung und der Tätigkeit privater Kleinunternehmer zugelassen werden, etwa auf Wochenmärkten und in Hinterhöfen („Flohmarktwirtschaft“). Ein in wirtschaftlicher, sozialer, politischer und ökologischer Hinsicht leistungsfähiges System zu schaffen, erfordert mehr. Marktwirtschaft muß darauf ausgerichtet sein, die wirtschaftlichen Abläufe insgesamt effizient zu gestalten.

Marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnungen zeichnen sich dadurch aus, daß im Gegensatz zu zentral gelenkten Wirtschaftssystemen die einzelnen Wirtschaftsteilnehmer, Anbieter und Nachfrager, Autonomie besitzen und ihre Entscheidungen individuell und auf eigenes Risiko treffen. Da es keine alleinverantwortliche Zentralinstanz gibt, beruht das Funktionieren der Wirtschaft auf dem Zusammenspiel einer Vielzahl voneinander unabhängiger Teilnehmer. Dafür bedarf es verbindlicher Spielregeln, auf die eine Gesellschaft sich einigen und die sie einführen muß.

Diese sind keineswegs fix, sie können unterschiedlich ausgestaltet sein, und sie sind durchaus veränderbar (ein Beispiel dafür ist die starke Ausgestaltung der sozialen Komponenten in der Marktwirtschaft in Deutschland, etwa im Unterschied zu den USA). Konstituierende Elemente sind aber in jedem Fall **Demokratie und Dezentralisierung** bzw. föderale Entscheidungsstrukturen.

Schon auf der Ebene einzelner Unternehmen sind dezentrale Kompetenzverteilung und Entscheidungsbefugnisse von großer Bedeutung für die Flexibilität innerhalb des Unternehmens und die Anpassungsfähigkeit an die Umwelt und den Wettbewerb. Dies gilt aber noch stärker für das gesamte Gesellschaftssystem: Ein Umdenken in Richtung **dezentraler Strukturen** und die **Verlagerung von Verantwortung**, wenn möglich auf die kleinsten Einheiten der Gesellschaft, ist nicht nur effektiver und kostengünstiger, sondern trägt zusätzlich zur Zufriedenheit aller Bürger bei. Ein solches Subsidiaritäts- oder Selbsthilfedenken, in der christlichen Soziallehre auch als Grundrecht des Menschen formuliert, erfordert aber grundsätzliche Umstellungen in der Gesellschaft. Das Prinzip, möglichst viele Aufgaben und Verantwortlichkeiten – und damit auch Risiken – den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern – dem Individuum als Verbraucher, Arbeiter oder Unternehmer, der Familie, freiwilligen Zusammenschlüssen, den Gemeinden usw. – zu überlassen, steht zu der in Zentralverwaltungswirtschaften üblichen Allgegenwart und Omnipotenz des Staates in krassem Gegensatz und erfordert (funda-)mentale Umstellungen bei politischen Entscheidungsträgern und Bürgern.

Entscheidend für die **Neuorientierung der Wirtschaft** und die Entstehung breit gestreuten Wohlstands, also für erfolgreiche Transformationsbemühungen, sind folgende zentrale Ansatzpunkte:

- Die Entscheidungen müssen dezentralisiert werden; Entscheidungsebenen werden private Verbraucher und Unternehmen.
- Preise müssen eine Lenkungsfunktion übernehmen. Dies erfordert die Freigabe der Preise, Zinsen und Löhne sowie in Abhängigkeit der außenwirtschaftlichen Lage die Einführung flexibler Wechselkurse.
- Es müssen wirtschaftliche Leistungsanreize geschaffen werden. Diese äußern sich in Marktwirtschaften auch in Einkommensunterschieden in Abhängigkeit von der individuellen Leistung. Dies setzt eine sozial gestaffelte, die Leistungsanreize aber nicht radikal beseitigende Einkommensbesteuerung voraus.
- Eigentumsrechte müssen neu definiert werden: Privateigentum muß ermöglicht werden und zumindest gleichberechtigt zum Staatseigentum sein; rechtliche

Grundlagen nicht nur für das Eigentum, sondern auch für alle anderen wirtschaftsrelevanten Bereiche in Zivilrecht, Strafrecht und öffentlichem Recht müssen neu formuliert werden.

Bisherige Fortschritte

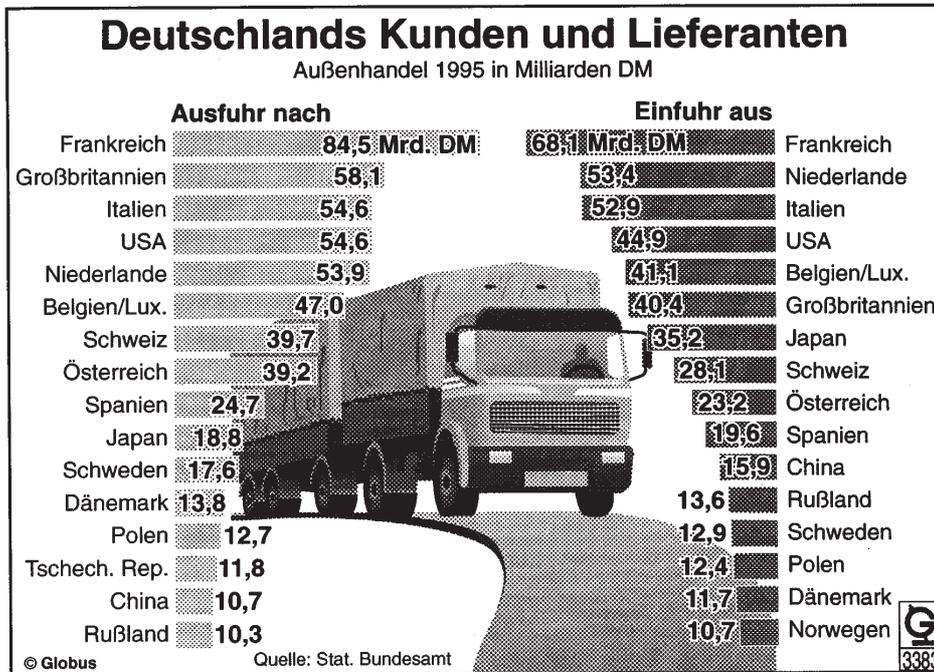
Es zeigen sich Anpassungserfolge: Es ist inzwischen einigen Reformländern gelungen, beachtliche Fortschritte bei der Umgestaltung ihrer Wirtschaftssysteme zu erzielen und allmählich eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung herbeizuführen. Dies trifft insbesondere auf wichtige Staaten Mitteleuropas zu – Ungarn, Polen, Tschechien und Slowakei. Wesentlich zu ihrer günstigen Entwicklung beigetragen hat sicher die die politischen Antriebskräfte psychologisch verstärkende Tatsache, daß von diesen Ländern die Anstöße für Reformen ausgingen. Daneben schaffen die soziokulturellen und ökonomischen Traditionen des mitteleuropäischen Raumes gute Bedingungen für den Aufbau der Marktwirtschaft, begünstigt durch ein schnelles Wiederknüpfen an traditionelle Handelsbeziehungen zu Westeuropa. Ungarn hat in den Jahren seit der Wende den politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozeß entschlossen vorangetrieben, vor allem dank der weitgehend stabilen politischen Lage des Landes. **Schwierigkeiten bereiten** bei wachsenden Investitionen ausländischer Investoren, ansteigender Industrieproduktion und abnehmender Arbeitslosenquote **die stetig zunehmenden Defizite im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz**. Stabilisierende Maßnahmen wurden mit dem sogenannten Austeritätspaket ergriffen, das den Staatshaushalt sanieren, die Inflation (20%) abschwächen und das Sozialversicherungssystem modernisieren soll. Die umfassende und konsequente Reformpolitik zahlt sich trotz aller Übergangsschwierigkeiten aus.

Polen erzielt nun schon im vierten Jahr in Folge gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten. Auch in der **Tschechischen Republik** und in **Estland** hat sich der Aufschwung gefestigt und an Breite gewonnen. Wachstumsträger sind besonders die Exportwirtschaft und die zunehmenden Investitionen aus dem westlichen Ausland.

Auch die Nachzüglerstaaten weisen 1995 einen deutlichen Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts aus. Zu dieser Gruppe gehören Bulgarien, Rumänien, Lettland, Litauen und Kroatien. Ihre Reformpolitik weist zwar nicht die Konsequenz auf, welche die Vorreiterstaaten auszeichnet.

- Das Interesse ausländischer Banken und vor allem auch von Investoren am russischen Markt steigt.
- Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts scheint zum Stillstand zu kommen.
- Das Inflationstempo konnte durch eine sehr restriktive Budgetpolitik gedros-

wicklung in Rußland und anderen GUS-Staaten, daß ordnungsmäßige Gesetzgebungsverfahren nicht immer dazu führen, daß die erlassenen Gesetze lückenlos angewendet und Zuwiderhandlungen geahndet werden. Es bedarf in diesen Ländern generell der Abfolge von vier grundlegenden Schritten:



Dennoch scheinen Reformwille und Reformprozeß unumkehrbar. In der Gruppe der Schlußlichter befinden sich, gemessen an den jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, sämtliche Länder der GUS sowie Albanien und Makedonien. In dieser Gruppe kann lediglich Albanien seit 1993 ein Wirtschaftswachstum verzeichnen, wenn auch auf niedrigem Niveau. Für die anderen Länder erwarten optimistische Beobachter das Durchschreiten der Talsohle im Laufe des Jahres 1996.

So kündigt sich nach Jahren des wirtschaftlichen Niedergangs auch in Rußland allmählich eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung an. Trotz 1995 noch verschärfter wirtschaftlicher Einbrüche könnten beherztere Schritte in der Privatisierung und die Marktkräfte „von unten“ allmählich die Wende herbeiführen.

Auch wenn Rußland in weiten Bereichen noch am Anfang eines langen und schwierigen Entwicklungsweges steht, geben die positiven Ergebnisse Anlaß zu vorsichtigem Optimismus. Dies wird durch die folgenden Indikatoren angezeigt:

selt werden. Bei weiterem Wirtschaftswachstum und Investitionsfreudigkeit kann auch wieder mit höheren Staatsausgaben gerechnet werden.

Auch hat in Rußland die Umformung der Rahmenbedingungen begonnen:

- Mit der Vorlage des ersten Teils eines Bürgerlichen Gesetzbuches wurde eine Entscheidung für ein Zivilrechtssystem westlicher Prägung getroffen (Grundsatz der Vertragsfreiheit, Regelung des Eigentums- und Sachenrechts, grundlegende Bestimmungen des Gesellschaftsrechts). Die wichtige Frage des Eigentumserwerbs von Grund und Boden ist noch offen bis zur Verabschiedung des Bodengesetzbuches.

- Das Kartellrecht wurde konkretisiert: Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen von Unternehmen, die zusammen einen Marktanteil von über 35 % des jeweiligen Marktes erreichen, sind untersagt. Unternehmensgründungen größeren Ausmaßes bedürfen einer Genehmigung durch die Kartellbehörde. Eine genaue Definition der Marktmacht steht noch aus.

Freilich wissen wir aus der Beobachtung der politischen und wirtschaftlichen Ent-

1. Hoffnung auf die nachhaltige Überwindung der Hindernisse auf dem Weg zur Marktwirtschaft besteht nur dann, wenn die politische Elite diesen Weg als einzige Möglichkeit zur Gewinnung einer erstrebenswerten Zukunft vorgibt. Dort, wo die politischen Führungskräfte den Wählern den Gedanken nahelegen, der Weg zurück in die Vergangenheit sei eine eventuelle Alternative und möglicherweise bequemer und angenehmer, werden irreführende Signale gesetzt, die viele Menschen aus Angst vor den Unannehmlichkeiten der Anpassung an die Marktwirtschaft zurückschrecken läßt.

Wenn die politischen Signale unzureichend sind, gelingt - wie etwa zur Zeit in Belarus oder in der Ukraine - nur wenigen Menschen die Neuausrichtung ihrer wirtschaftlichen Einstellung und Verhaltensweise. Das Kernproblem der Umstellung von der Plan- zur Marktwirtschaft ist ein mentales Problem: Menschen, die über Generationen daran gewöhnt sind, daß staatliche Bürokratien ihnen sagen, was sie zu tun und zu lassen haben, und die gewohnt sind, daß der Staat die individuellen Entscheidungsspielräume beseitigt oder auf die Bepflanzung des Schrebergartens reduziert, tun sich nicht leicht mit Eigeninitiative und wirtschaftlicher Selbstverantwortung. Nur wo die politischen Signale sehr entschlossen und eindeutig in Richtung Marktwirtschaft zeigen, gelingt vielen Menschen die entschlossene Neuorientierung ihrer Ziele und Lebensgestaltung. Es ist realistisch anzunehmen, daß in einigen Ländern diese klaren Signale noch etwas auf sich warten lassen.

2. Politische Absichtserklärungen müssen in Gesetze und Verordnungen münden, die die beabsichtigte Weichenstellung in klare Rechtsnormen fassen. Und diese Vorschriften müssen dann auch entschlossen und folgerichtig angewendet werden. Damit werden die staatlichen Rahmenbedingungen geschaffen, die allen wirtschaftlichen Akteuren in der Wirtschaft die Grenzen ihres Handlungs-

raums aufzeigen: Zum Beispiel verhindert das Wettbewerbsrecht Monopolmacht, das Umweltrecht sichert die Einhaltung ökologischer Erfordernisse, das Steuerrecht sorgt für transparente, dem Leistungsvermögen des einzelnen angepaßte und ohne Ansehen der Person durchgesetzte fiskalische Belastung, und die Sozialgesetzgebung begründet soziale Sicherheit in der Sozialen Marktwirtschaft.

3. Politische Signale und gesetzgeberische Weichenstellung entfalten ihre Wirksamkeit um so schneller, je anschaulicher sie von Multiplikatoren in der Öffentlichkeit verdeutlicht werden. Eine wichtige Gruppe solcher Multiplikatoren sind die Hochschullehrer für die ökonomischen Disziplinen. Sie waren in der kommunistischen Zeit in ihren Arbeitsfeldern stark eingeeignet: In der Forschung wurden kritische Untersuchungen der ökonomischen Fehlsteuerungen nicht geduldet, in der Lehre wurde nur ein im internationalen Vergleich sehr geschrumpftes Wissensspektrum vermittelt. Ein wichtiger Beitrag zum Transformationsprozeß ist daher die **Fortbildung ökonomischer Hochschullehrer** und die Unterstützung bei der Ausarbeitung neuer Lehrpläne für die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge. Wie Beispiele zeigen, entsteht daraus eine erstaunliche Breitenwirkung über die Universitäten hinaus in die Wirtschaft.

4. Die geschilderten drei Schritte sind - mit unterschiedlichem Gewicht - für das Entstehen einer privaten Unternehmerschicht in Handwerk, Industrie, Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen unentbehrlich. Selbst in den weit fortgeschrittenen Reformländern sind die **Schwierigkeiten für einen unternehmerischen Neuanfang** erheblich: Die Schwierigkeiten durch eine oft verständnislose Bürokratie, mangelnde Erfahrung in vielen Gebieten der Unternehmensführung und ein unzureichender Zugang zum Netzwerk von Bezugsquellen, Absatzmittlern und technologieorientierten Dienstleistungen führen oft zur Frustration, zu Fehlschlägen und zur Wiederaufgabe des Unternehmens. Ein Zitat: „Früher waren wir eingezwängt in ein Staatsunternehmen und hatten Ängste vor den Vorgesetzten, jetzt haben wir Angst vor dem Markt und seinen Launen“. Nur die Überwindung der mentalen Barrieren läßt unternehmerische Risikobereitschaft entstehen und Gestaltungswillen wirksam werden.

Es ist hilfreich, daß evangelische Kirchen in Mittel- und Osteuropa ebenso Sensibilität für diese Sorgen der Unternehmer in ihren Reihen wie für die Probleme anderer Berufsgruppen zu entwickeln beginnen. Die Kirchen beginnen zu erkennen, daß es ihnen nicht gleichgültig sein kann, ob Menschen aus ihrer Mitte Verantwortung in allen Lebensbereichen der Gesellschaft zu übernehmen bereit sind, also auch in der Wirtschaft. In ersten Anfängen zeichnet sich ab, daß dabei drei Grunderfordernisse der - vor allem mittelständischen - Unternehmer und Unternehmerinnen erkannt und ihre Bemühungen durch die Anknüpfung internationaler Kontakte unterstützt werden: bessere Fortbildung in den wichtigsten Feldern moderner Unter-

nehmensführung, Vertiefung der spezifischen wirtschaftsethischen Fragen, vor die sich Unternehmer und Unternehmerinnen gestellt sehen, Förderung der Ausbildung von Nachwuchskräften für Führungsaufgaben in der Wirtschaft. ■

Anm.:

Prof. Dr. Otto Strecker, Bonn, hat umfangreiche Erfahrungen in der Transformationsberatung in Mittel- und Osteuropa und ist Initiator der Förderung von Aus- und Fortbildungsinitiativen für mittelständische Unternehmer und Unternehmerinnen in den evangelischen Kirchen Mittel- und Osteuropas.

Buchvorstellung

**„Fortschritt durch Kontinuität“
Texte zur Geschichte der CDA -
Die Entwicklung der Christlich
Sozialen Bewegung 1830 - 1945
Königswinter, Dezember 1995**

„Bis heute besteht die Attraktivität der Christlich-Sozialen Ideen nicht zuletzt darin, daß sie die Sehnsucht der Menschen nach sozialer Geborgenheit, historischer Kontinuität und materieller Sicherheit zu erfüllen versprechen.“ (Einleitung Hettinger, S.2)

Wer in das Ideengebäude der Christlich-Sozialen Bewegung einsteigen möchte und ihre geistigen Wurzeln begreifen will, sollte zum Themenheft Heft 1/1996 „Fortschritt durch Kontinuität“, hrsg. von der Stiftung Christlich-Soziale Politik, greifen.

Der Leser erhält einen fundierten historischen Einstieg in die soziale Situation der Arbeiterschaft in den deutschen Ländern des 19. Jahrhunderts. Ihm werden die Denker und ihre Wirkungsgeschichte der Katholischen Soziallehre und Evangelischer Sozialethik nahegebracht.

Zahlreiche Biographien zeichnen die Lebensbilder der Frauen und Männer, die in der Weimarer Republik den Grundstein für die Einheitsgewerkschaft, spätere Grün-

derung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) legten.

Das Themen-Heft, welches Lutz Esser (ehemaliger Chefredakteur der Sozialen Ordnung) redaktionell betreute, vertritt eine klare ökumenische Ausrichtung.

An manchen Stellen des Heftes hätte man aber wünschen können, daß die Bedeutung der evangelischen Sozialethik noch stärker zum Tragen kommt. Der „Vater“ der Inneren Mission, Johann Hinrich Wichern, wie seine Schüler, z.B. Friedrich von Bodelschwingh d.Ä. (1831-1910), kommen zu kurz.

Dieser kritische Einwand vermag aber, den positiven Gesamteindruck nicht in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Das Themenheft schließt eine schmerzliche Lücke in der Literatur zum 50. Jubiläum der CDU Deutschlands, denn die christlich-sozialen Wurzeln der Union und ihr programmatischer Einfluß auf die Entstehungsphase der Union werden deutlich hervorgehoben und treffend analysiert. ■

Karsten Matthis

Themen 1/96 kann zum Preis von 14,- DM zzgl. Porto bei der Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V., Johannes-Albers-Allee 3 in 53639 Königswinter, bezogen werden. Die Bestellung bitte nur schriftlich vornehmen.

Homosexualität und Kirche

Dr. Monika Schwinge

Seit einigen Jahren wird die Frage nach der Stellung und Beurteilung von Homosexualität in der Gesellschaft und insbesondere auch in der Kirche intensiv und meist kontrovers und heftig diskutiert. Der innerkirchliche Streit entbrennt vor allem angesichts des vielfach geäußerten Wunsches nach kirchlichen Segenshandlungen für homosexuelle Partnerschaften und angesichts der Frage nach der Vereinbarkeit von homosexueller Lebensweise und kirchlichem Amt. Die heftigen Auseinandersetzungen darüber verlaufen quer durch die einzelnen Landeskirchen.

Um zu einer sachlichen Klärung beizutragen und um Möglichkeiten eines Konsenses zu schaffen, setzte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland im März 1994 eine ad-hoc-Kommission „Homosexualität“ ein. Die Mitglieder der Kommission vertraten unterschiedliche Positionen. So war die Arbeit besonders zu Anfang recht spannungsvoll. Der Titel der Orientierungshilfe **„Mit Spannungen leben“** drückt deshalb auch das gut aus, was unsere gemeinsame Arbeit am Thema „Homosexualität und Kirche“ kennzeichnete. Aber nicht aus diesem Grund wurde dieser Titel gewählt. In ihm vielmehr ist das zusammengefaßt, was sich inhaltlich im Blick auf die anstehenden Fragen ergeben hat.

In der Orientierungshilfe wird eine theologische Argumentation geführt. Gesellschaftliche und humanwissenschaftliche Sichtweisen werden zwar berücksichtigt, werden aber nicht zum Kriterium gemacht. Ausschlaggebendes Kriterium ist, wie es in einer kirchlichen Stellungnahme auch nur sein kann, das biblische Zeugnis, zu dem Aussagen über den Menschen, über seine Sexualität und über homosexuelle Praxis gehören. Grundlegend ist darüber hinaus das, was in der Schrift und in dem lutherischen Bekenntnis über die Lebensformen Familie, Ehe und Ehelosigkeit gesagt wird.

Im 1. Kapitel der Orientierungshilfe wird der gegenwärtige Stand der Diskussion in Kirche und Gesellschaft dargestellt. Im 2. Kapitel werden die biblischen Aussagen zur Sexualität und Homosexualität aufgeführt und interpretiert. In Kapitel 3 wird entfaltet, welcher Stellenwert den verschiedenen Formen des Zusammenlebens aufgrund von Schrift, Bekenntnis und gegenwärtiger Lehre zukommt. Die Folgerungen aus dem in den Kapiteln 1 bis 3 grundsätzlich Ausgeführten werden in den Kapiteln 4 bis 6 gezogen. In Kapitel 4 wird auf die Stellung homosexueller Menschen allgemein in der Kirche eingegangen, Kapitel 5 geht speziell der Frage von homosexuell Lebenden im kirchlichen Amt nach. In Kapitel 6 schließlich wird die Frage der Segnung homosexueller Menschen thematisiert.

Zur Gemeinschaft von Frau und Mann

Das Ergebnis der Beschäftigung mit den biblischen Aussagen zur Sexualität allgemein und zur Homosexualität im besonderen ist für die Kommission folgendes: Menschliche Sexualität findet nach dem Schöpfungswillen Gottes ihre Erfüllung in der Geschlechtergemeinschaft von Frau und Mann. **Diese Gemeinschaft von Frau und Mann ist von Zuwendung und Vertrauen getragen** und sie ist offen für die Weitergabe des Lebens. Mit der Offenheit für die Weitergabe des Lebens erhält die Beziehung von Mann und Frau Anteil am Schöpferwirken Gottes. Die in der Bibel gegebene Ausrichtung an der Geschlechtergemeinschaft von Mann und Frau ist jedoch nicht ohne weiteres gleichzusetzen mit den geschichtlich und kulturell variablen Formen der Ehe und der Familie. Aber man kann durchaus sagen, daß das in der Bibel zur Gemeinschaft von Frau und Mann Gesagte auf Ehe und Familie hingeeordnet ist.

Im biblischen Gesamtzeugnis ist Homosexualität ein Nebenthema. Wenn aber im Alten oder Neuen Testament von Ho-

mosexualität die Rede ist, wird diese als dem Willen Gottes widersprechend negativ gewertet. Diese negative Wertung, so die Auffassung der Kommission, kann nicht dadurch relativiert werden, daß man auf das Eingebundensein der Aussagen in einen ganz bestimmten geschichtlichen und kultischen Kontext hinweist. In den hermeneutischen Grundüberlegungen zum Umgang mit der Schrift macht die Kom-

Homosexualität und Kirche

Über die aufgebrochenen Fragen bestehen im Verhältnis zu den ökumenischen Schwesterkirchen, aber auch innerhalb der Gliedkirchen der EKD teilweise erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Die schärfsten Auseinandersetzungen verlaufen freilich nicht zwischen den einzelnen Landeskirchen, sondern quer durch sie und damit durch die EKD hindurch. Dieser Streit wird deshalb mit solcher Schärfe geführt, weil es dabei nach Meinung vieler Beteiligten um Grundfragen des christlichen Glaubens und des kirchlichen Bekenntnisses geht.

(aus: Mit Spannungen leben, Hannover 1996, Seite 8)

mission deutlich, daß alle biblischen Einzelaussagen am Gesamtzeugnis der Bibel zu messen sind, also an dem, was das Evangelium von Jesus Christus als Zuspruch und Anspruch Gottes erschließt.

Zentrale Botschaft der Bibel ist:

1. Kein Mensch ist von der Sündenvergebung und damit von der Gottesgemeinschaft ausgeschlossen.
2. Gottes guter heilsamer Wille wird zusammengefaßt unter dem Doppelgebot der Liebe, das ausnahmslos und umfassend für jeden Menschen gilt.

Gemessen an diesem Gesamtzeugnis ergibt sich im Blick auf die Aussagen zur Homosexualität aber eine differenzierte Beurteilung. Auch wenn danach ho-

homosexuelle Praxis dem Willen Gottes widerspricht, bedeutet diese nicht Ausschluß aus der Gottesgemeinschaft. Weiter ist zu sagen: In der Bibel kommt die Gestaltung einer homosexuellen Beziehung vom Liebesgebot her gar nicht in den Blick. Im Zentrum der biblischen Aussagen steht allein die homosexuelle Praxis als solche. Damit ergibt sich angesichts der biblischen Aussagen zur Homosexualität eine Spannung: Homosexualität wird zwar als dem Willen Gottes nicht entsprechend bezeichnet, gleichzeitig ist aber vom Liebesgebot her eine Gestaltung einer homosexuellen Beziehung in Erwägung zu ziehen, die in Liebe zu Gott und Menschen gelebt wird. Eine Spannung also zeigt sich zwischen dem biblischen Widerspruch gegen homosexuelle Praxis als solche und der Bejahung ihrer ethischen Gestaltung gemäß dem Willen Gottes. Diese Spannung bestimmt weitere Überlegungen und Folgerungen in der Orientierungshilfe.

Leitbilder für das Zusammenleben

Was nun die Formen betrifft, bei denen Menschen in umfassender, also auch die Sexualität einschließender Weise zusammenleben, so lassen zentrale Aussagen Jesu und deren Aufnahme in den Bekenntnisschriften keine Zweifel zu, daß **Ehe und Familie eine besondere Stellung zukommt**. Sowohl in der Schrift als auch im Bekenntnis wird auch auf die verschiedenen Formen von Ehelosigkeit eingegangen. In diesem Zusammenhang finden auch diejenigen Menschen Erwähnung, die, aus welchen Gründen auch immer, eine Ehe nicht eingehen können.

Aufgrund dessen, was sich aus dem biblischen Zeugnis und dem Bekenntnis ergibt, werden in der Orientierungshilfe Ehe und Familie als soziale Leitbilder für das Zusammenleben von Menschen unter dem Aspekt der Sexualität und Generativität bezeichnet. Leitbildfunktion haben sie, wenn die Ehe von den Ehepartnern in freier Zustimmung eingegangen wird, wenn sie verbindlich ist und auf Dauer angelegt ist, partnerschaftlich gestaltet ist, grundsätzlich offen für die Geburt von Kindern ist und einen Lebensraum darstellt, in dem Kinder aufwachsen und sich auf die vielfältigen Herausforderungen, Rollenerwartungen und Aufgaben des Lebens vorbereiten können. Die

Fülle dessen, was für Ehe und Familie charakteristisch ist, zeichnet sie als Leitbilder aus. In der Orientierungshilfe wird nun aber auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß einiges von dem, was für Ehe und Familie gilt, sich auch in anderen Formen des Zusammenlebens verwirklichen läßt und daß darum auch diese Formen Anerkennung, Achtung und Schutz verdienen.

Für Menschen, die eindeutig und unveränderbar homosexuell geprägt sind, können, ja dürfen, so die Orientierungshilfe, Ehe und Familie nicht die Leitbilder sein. Angesichts dessen und angesichts dessen, was sich aus der Interpretation von Schrift und Bekenntnis ergeben hat, spricht sich die Orientierungshilfe für eine vom Liebesgebot her gestaltete und damit ethisch verantwortliche gleichge-

Was die **Stellung homosexuell lebender Menschen in der Kirche** betrifft, so wird ausdrücklich betont, daß homosexuell lebenden Menschen in der Kirche ein Raum gewährt wird, in dem sie Gemeinschaft, Rat und Begleitung erfahren. Wenn dann in der Orientierungshilfe zwischen homosexuell lebenden Menschen allgemein und denjenigen homosexuell Lebenden, die ein kirchliches Amt innehaben, unterschieden wird, geschieht das nicht, weil an kirchliche Amtsträger höhere ethische Anforderungen gestellt werden.

Vielmehr ist im Blick auf kirchliche Amtsträger und Amtsträgerinnen zu prüfen, wie weit ihr Auftrag der öffentlichen Verkündigung mit ihrer Lebensführung vereinbar ist. Homosexuell lebende Menschen, so die Orientierungshilfe, können

Vereinbarkeit mit dem innerkirchlichen und ökumenischen Kontext

Wenn in Einzelfällen homosexuell lebende Menschen offiziell zum Pfarramt zugelassen werden, dann wird damit ein Weg beschritten, der einen Bruch mit dem darstellt, was über Jahrhunderte hinweg in den christlichen Kirchen offiziell praktiziert wurde und auch heute noch in mehreren ökumenischen Schwesterkirchen in Lehre und offizieller Praxis ausnahmslos gilt. Ein solcher Bruch wäre dann nicht zu rechtfertigen, wenn er ein Bruch mit den Lehrgrundlagen der Kirche in Schrift und Bekenntnis wäre. Es geht aber - im Gegenteil - nur um den Bruch mit einer veränderungsbedürftigen Praxis, der sich aus einem umfassenderen und deshalb auch Spannungen einbeziehenden Verständnis von Schrift und Bekenntnis ergibt. Wenn ein solcher Schritt um der Wahrheit und der Liebe willen notwendig ist, muß er gewagt werden. Verantwortbar ist ein solcher Schritt freilich nur, wenn er von einem breiten Konsens getragen ist und in größter Besonnenheit und Behutsamkeit gegangen wird.

(aus: Mit Spannungen leben, Hannover 1996, Seite 45f.)

schlechtliche Lebensgemeinschaft aus. Als Kriterien gelten für sie dieselben wie für Ehe und Familie: Freiwilligkeit, Ganzheitlichkeit, Verbindlichkeit, Dauer und Partnerschaftlichkeit. Die eine, allerdings wesentliche Ausnahme, betrifft die Funktion von Ehe als Lebensraum für die Geburt und Erziehung von Kindern. In diesem Zusammenhang werden auch mögliche rechtliche Regelungen für gleichgeschlechtliche Partnerschaften in Erwägung gezogen. Für wichtig wird aber gehalten, daß dabei **dem Unterschied zur Ehe hinreichend Rechnung getragen wird**.

zum Pfarramt zugelassen werden, wenn bestimmte Kriterien erfüllt werden. Dazu gehört, daß ein/e homosexuell orientierter Pastor/Pastorin die Leitbildfunktion von Ehe und Familie anerkennt und darauf verzichtet, die gleichgeschlechtliche Lebensweise als gleichrangiges oder gar überlegenes Leitbild hinzustellen. Ein besonderes Problem bildet die Frage, ob gleichgeschlechtliche **Lebensgemeinschaften in Pfarrhäusern** möglich sein sollen. Im Blick auf mancherlei Bereiche, in denen man von einer prägenden Wirkung des Pfarrhauses sprechen kann, ist zu beden-

ken, welche Wirkung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften ausgehen könnte und ob dies im Blick auf den Auftrag der Kirche wünschenswert ist. Nach Abwägung verschiedener Argumente hat die Kommission als Ergebnis festgehalten, daß insgesamt betrachtet, **viele Argumente gegen eine Zulassung** von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Pfarrhäusern sprechen.

In dem abschließenden Kapitel über die Segnung homosexueller Menschen wird unterschieden zwischen der Segnung einzelner homosexueller Menschen auf ihrem Lebensweg, der Segnung homosexueller Menschen, die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben und für ihr Leben in dieser Partnerschaft Gottes Segen erbeten und der Segnung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft als Form des Zusammenlebens. Auch bei der Frage der Segnung ist die Spannung zu berücksichtigen, daß einerseits die homosexuelle Lebensform als solche nicht in Übereinstimmung mit dem Willen Gottes steht, andererseits eine ethisch verantwortliche Gestaltung vom christlichen Glauben her denkbar ist. Eine kirchliche Segenshandlung kann deshalb nicht eine **Segnung der homosexuellen Partnerschaft** sein, sondern allein eine Segnung von Menschen, die in dieser Partnerschaft leben. Homosexuell geprägten Menschen, die allein oder in einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft leben, ist in ihrer besonderen Situation Zuspruch und Anspruch Gottes nahezubringen. Eine Segnung im Rahmen eines öffentlichen Gottesdienstes wird wegen der Gefahr von Mißverständnissen nicht befürwortet.

In manchen Reaktionen ist der Orientierungshilfe vorgeworfen worden, sie sei ein typisches Konsenspapier, mit dem man es allen Positionen ein wenig recht machen wolle. Dem ist nicht so. In der Orientierungshilfe werden vielmehr Spannungen artikuliert und durchgehalten, die in theologischer Erkenntnis begründet sind. **Diese Spannungen** sind es, die eine von der einen oder von der anderen Seite gewünschte Eindeutigkeit nicht zulassen.

Anm.:

Dr. Monika Schwinge ist Pröpstin des Kirchenkreises Pinneberg und stv. Vorsitzende der ad-hoc-Kommission „Homosexualität“

Der Trend zur Kriegsdienstverweigerung ist gestoppt

Dieter Hackler

Auch wenn im Jahr 1995 mit über 160 000 Anträgen auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen ein neues Rekordergebnis erreicht wurde, so gibt es inzwischen dennoch Anzeichen für eine Tendenzwende. Die Erhöhung um 27 % gegenüber dem Vorjahr läßt sich im wesentlichen auf 2 Faktoren zurückführen: im Jahr 1995 wurden 23,5 % mehr junge Männer gemustert als im Vorjahreszeitraum und seit 1995 gilt ein neuer Tauglichkeitsgrad T 7, durch den die Quote der Untauglichen von 22 % auf etwa 13 % abgesenkt wurde.

Wir können also nicht einfach von steigenden Kriegsdienstverweigerungszahlen sprechen. Betrachtet man das Verhalten der tauglich Gemusterten, so beginnt das außerordentlich hohe Kriegsdienstverweigerungsverhalten leicht zu sinken.

Konzentrierte Ausbildung

Entscheidend für das hohe Kriegsdienstverweigerungsaufkommen war vor allem das gesellschaftliche Klima nach der Deutschen Einheit. Mit der Überwindung des Ost-West-Konfliktes schien in Deutschland und in Europa fast ein paradiesischer Frieden ausgebrochen zu sein.

Diese Friedenseuphorie ist nach Tschetschenienkrieg und Bosnienkonflikt einer realistischen Einschätzung der Lage gewichen. Vor allem aber sind die Debatten über die Zukunft der Bundeswehr, über ihre Struktur und Aufgabenstellung abgeschlossen.

Die Bundeswehreinsätze „out of area“ im Rahmen des Bündnisses bzw. im Auftrage der UNO sind vom Grundgesetz gedeckt, die Stärke von 340.000 Mann festgeschrieben und die Aufteilung in Hauptverteidigungs- und Krisenreaktionskräfte durchorganisiert.



Dieter Hackler: Friedenssicherung als Auftrag aller Bürger

Mit der Verabschiedung des Wehrrechtsänderungsgesetzes wurde der Grundwehrdienst ab 01.01.1996 auf 10 Monate festgesetzt und damit zugleich die Ausbildung konzentriert.

Zugleich wurde die Beförderungsstruktur verbessert und interessante Möglichkeiten für kurzfristige Längerverpflichtungen angeboten. So bekommt ein Wehrpflichtiger, der sich auf 13 Monate verpflichtet, ab dem 11. Dienstmonat zu seinem Sold eine Prämie von 1.200,00 DM netto pro Monat. Auch der heimatferne Einsatz von Grundwehrdienstleistenden wird durch die Einführung des Mobilitätszuschlages in Höhe von 90,00 DM bzw. 180,00 DM pro Monat abgemildert.

Das von Bundesverteidigungsminister Rühle Anfang März vorgestellte Programm, mit dem vor allem eine größere Flexibilität der Kreiswehrrersatzämter im Interesse der Grundwehrdienstleistenden errichtet werden soll, ist ein hervorragender Schritt, die Attraktivität des Wehrdienstes zu steigern.

Wichtiger noch als diese positiven Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Grundwehrdienstes sind die Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas für die Bundeswehr und des Images unserer Soldaten. Trotz des mißverständlichen Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Thema „Soldaten sind Mörder“ hat ein breiter politischer Konsens zu Gunsten unserer Bundeswehr Platz gegriffen. Das klare Ja der Altparteien von CDU/CSU, FDP und SPD und nicht zuletzt auch die Feierlichkeiten aus Anlaß des 40jährigen Jubiläums der Bundeswehr haben angesichts vom Krieg vor der Haustür und dem Krieg in Tschechien zu einer realistischen Einschätzung der Bedrohenslage geführt.

Seit dem Sommer 1995 beobachten Demoskopen einen spürbaren Wandel der Einstellung des Bürgers zu Bundeswehr und Zivildienst. Diese Veränderung macht deutlich, daß nicht der zu attraktive Zivildienst das Kriegsdienstverweigerungsverhalten der jungen Generation geprägt hat.

Grundwertediskussion notwendig

Auch ein von manchen für zu liberal gehaltenes Kriegsdienstverweigerungsanerkennungsverfahren kann nicht die Ursache für den hohen Anteil von Antragstellungen sein. Das Verfahren greift erst nach der Antragstellung und geht von dem Grundsatz aus, daß das, was der junge Mann schreibt, glaubhaft ist, sofern keine Anhaltspunkte für Zweifel gegeben sind.

Nicht das Verfahren ist dann zu beanstanden, sondern die Grundhaltungen, die zu einer großzügigen Inanspruchnahme dieses Grundrechts führen, müssen verändert werden. Wünschenswert und notwendig sind auch Information und Diskussion darüber, wann eine Gewissensentscheidung vorliegt. In dieser Frage wird deutlich, wie dringend unsere Gesellschaft eine Grundwertediskussion braucht. Aus meiner Sicht ist sie die geeignete Grundlage für eine erfolgreiche Diskussion zum Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland.

Entscheidend ist und bleibt: **Die Friedenssicherung muß als Auftrag aller Bürger erkannt werden.** Es muß klar werden, daß

wir Frieden und Freiheit und unseren Rechtsstaat nur mit unserer Bundeswehr und zur Zeit mit unserer Bundeswehr als Wehrpflichtarmee sichern können. Zur Sicherung von Frieden und Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gehört aber natürlich auch das Bündnis und die damit zusammenhängenden Bündnisverpflichtungen. Ein isoliertes Deutschland wäre nicht nur für die überwiegende Zahl der Deutschen ein Schreckgespenst.

Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind aber nicht nur ein Rechtsanspruch des einzelnen, sondern sie **fordern unser persönliches Engagement.** Keine Bürgerin und kein Bürger können sich dieser Aufgabe entziehen. Das Grundgesetz verlangt die Ableistung des Grundwehrdienstes von allen wehrdienstfähigen jungen Männern.

Die Soldaten müssen einen Sinn in ihrem Dienst sehen - sonst werden alle Bemühungen, den Wehrdienst attraktiver zu gestalten, nutzlos bleiben.

Friedbert Pflüger
CDU-Bundestagsabgeordneter

Die einzige Ausnahme, die unsere Verfassung zuläßt, ist die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Sie ist mit dem Grundrecht Art. 4 Abs. 3 GG garantiert. Nur wer als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen nach Art. 4 Abs. 3 GG anerkannt ist, hat in der Folge Ersatzdienst - sprich Zivildienst - zu leisten. Zivildienst wird also ausschließlich als Ersatzdienst für die Ableistung des Wehrdienstes für anerkannte Kriegsdienstverweigerer durchgeführt.

Dabei ist es die vorrangige Aufgabe der Zivildienstverwaltung, die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß jeder anerkannte Kriegsdienstverweigerer auch zum Zivildienst herangezogen wird. Dazu hat der Gesetzgeber im Zivildienstgesetz geregelt, daß der Zivildienst vorrangig im sozialen Bereich aber auch im Umweltschutz und Naturschutz und in der Landschaftspflege durchgeführt werden soll.

Als Beschäftigungsstellen des Zivildienstes können gemeinnützige Organisationen anerkannt werden, deren Arbeit dem Allgemeinwohl dient. Insoweit wird der Zivildienst heute in 80 % der Fälle bei den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege durchgeführt. **Über 50 %** unserer Zivildienstleistenden sind **im Bereich Pflege und Betreuung** in stationären Einrichtungen wie Krankenhäusern, Altenheimen, Pflegeheimen, Behinderteneinrichtungen eingesetzt.

Etwa 13 % arbeiten im Mobilien Sozialen Hilfsdienst und ermöglichen alten pflegebedürftigen Menschen in ihrer vertrauten heimischen Umgebung zu verbleiben. Rund 7 % der Zivildienstleistenden sind im Rettungsdienst als Rettungshelfer und Rettungssanitäter eingesetzt.

5 % der Zivildienstleistenden leisten einen besonders schweren Dienst in der Individuellen Schwerstbehindertenbetreuung. Noch einmal etwa 5 % der Zivildienstleistenden arbeitet im Umweltschutz und etwa 20 % der Zivildienstleistenden sind in versorgungs- und handwerklichen Tätigkeiten bei sozialen Einrichtungen eingesetzt.

Dienst für die Gesellschaft

Ziel der Zivildienstverwaltung für die Durchführung des Zivildienstes ist es, jedem anerkannten Kriegsdienstverweigerer eine auslastende Tätigkeit zu bieten, in der er sowohl für sich als auch für die Gesellschaft einen sinnvollen Dienst leistet. In der Mehrheit erleben die Zivildienstleistenden ihren Dienst als einen wertvollen und sinnvollen Dienst. Im Grundsatz sind die Zivildienstleistenden hochmotiviert bei der Sache. Sie werden vom hauptamtlichen Personal in den Einrichtungen durchweg als Entlastung erlebt. Der Zivildienst steht jedoch vor einer Schwierigkeit. Einerseits soll der Zivildienst nach dem Gesetz arbeitsmarktnutral sein, zum andern soll der Zivildienst aber auch nicht durch zu leichte Jobs zu attraktiv sein. Die erste Priorität liegt nicht zuletzt angesichts von 4,3 Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland darauf, zu verhindern, daß durch Einsatz von Zivildienstleistenden Arbeitsplätze nicht geschaffen oder vernichtet werden.

Der Zivildienst darf kein Jobkiller sein. Selbstverständlich sind sich die Verantwortlichen bei den Verbänden und der Zivildienstverwaltung darüber im klaren, daß Zivildienstleistende auch keine Fachkräfte ersetzen können und auch keine Fachkräfte sind. Ihre Arbeitsleistung konzentriert sich also auf Hilfstätigkeiten. In vielen Bereichen haben sie Aufgaben wahrgenommen und übernommen, die früher vielfach von ehrenamtlichen Mitarbeitern in sozialen Einrichtungen übernommen wurden und von denen man sich heute zurückgezogen hat.

Image des Zivildienstes

Sicher haben Zivildienstleistende nicht zuletzt durch ihren überzeugenden Einsatz mit dazu beigetragen, daß das Image des Zivildienstes außerordentlich gut ist. Ebenso weiß die Gesellschaft in weiten Bereichen, daß der Dienst der Zivildienstleistenden eine Entlastung von persönlichem Engagement für pflegebedürftige behinderte und ältere Menschen bedeutet. Insoweit wird ihr stellvertretender Dienst ausgesprochen hoch angesehen.

Damit stellt der Zivildienst aber keinesfalls den Anspruch, höherwertiger oder gar moralisch besser zu sein, wie manchmal behauptet wird. Der Vorrang des Wehrdienstes ist nicht zu bestreiten. Trotzdem ist es eine gute Sache, daß es gelungen ist, den Zivildienst im Grundsatz sinnvoll und wertvoll für die Gesellschaft durchzuführen.

Wir haben allen Grund auf die jungen Männer, die Zivildienst leisten, das gleiche gilt natürlich auch für Grundwehrdienstleistende, stolz zu sein.

Beide Dienste sind in Ihrer Aufgabenstellung und in ihrer damit zusammenhängenden Ausgestaltung kaum miteinander zu vergleichen. Auch der Diskussion um die größere Sinnhaftigkeit beider Dienste ist nicht hilfreich und nicht angemessen. Schließlich gewährleistet erst die garantierte äußere Sicherheit die Möglichkeit unseren Sozialstaat angemessen auszugestalten. ■

Anm.:

Dieter Hackler ist Zivildienstbeauftragter der Bundesregierung und stv. Bundesvorsitzender des EAK.

Zivildienst – Eine Ansicht aus der Einsicht

Ich freue mich außerordentlich, heute hier als Zivildienstleistender ein Grußwort sprechen zu dürfen.

Der Wehrpflicht über die Möglichkeit des Zivildienstes als Wehersatzdienst nachkommen zu können, ist für mich praktizierte Demokratie. Wehersatzdienst, so ist die nüchterne Bezeichnung im Amtsddeutsch für den Zivildienst. Man mag darüber streiten, ob das Wort „Ersatz“ nun eine Diskriminierung ist oder nicht, letztendlich jedoch sagt dieser Begriff nichts über die jungen Männer, die täglich diesen Dienst verrichten, aus.

Für die einen sind es Egoisten, Drückeberger und Muttersöhnchen, für die anderen Idealisten und Weltverbesserer, jedoch vor allem sind es Menschen, die eine Überzeugung haben, und diese auch nach außen vertreten. Der Dienst an der Waffe ist eine Gewissensfrage, die jeder für sich persönlich klären muß.

Schon 1989 wurde ich in recht drastischer Form mit der ganzen Problematik konfrontiert. Damals, als ich gerade mal 12 Jahre alt war, wurde ich aufgefordert, mich für 25 Jahre als Offizier der Nationalen Volksarmee zu verpflichten. Die Anerkennung der kommunistischen DDR-Diktatur wäre mir sicher gewesen. Doch bringt es mich damals wie auch heute in schwere Gewissenskonflikte, in die Armee eintreten zu müssen. Die Befragung meines Gewissens schuf in mir einen offenen Zwiespalt. Auf der einen Seite die Verteidigung meines Vaterlandes, aber auf der anderen Seite mein christlich-pazifistisches Elternhaus.

Ich bin froh, daß durch den Wehersatzdienst eine Möglichkeit geschaffen wurde, die mich nicht als Egoist und Drückeberger abstempelt. Dies soll aber nicht heißen, daß ich mit dem Tucholsky-Zitat koaliere und Soldaten als Mörder sehe.... Zivildienstleistende an der Universitätsklinik Jena - das ist längst keine Besonderheit mehr.... Der überwiegende Teil von ihnen

arbeitet in der Krankenpflege. Als eben einer von diesen „Pflegezivis“ begann mein Dienst an der Universitätsklinik Jena im Dezember 1995. Mit gemischten Gefühlen betrat ich die chirurgische Intensivstation, die für 13 Monate mein tägliches Leben bestimmen sollte. Nach anfänglichen Schwierigkeiten versuchte ich meinen eigenen Weg zu finden. Dabei war die Hilfe der Schwestern und Pfleger, aber vor allem der anderen „Zivis“ unabdingbar.

Ich glaube aber, daß die Problematik des Dienstes im pflegenahen Bereich nicht das Automatisieren der Tätigkeiten, sondern die Konfrontation des Einzelnen mit dem Patientenschicksal ist. Das täglich gesehene Leid gilt es zu verarbeiten, und dabei die eigenen Gefühle zu kontrollieren.

Es fiel mir die erste Zeit nicht leicht, mit Patienten umzugehen, die Krankheiten oder Verletzungen hatten, bei denen nicht klar war, ob sie weiterleben werden oder sterben. Die direkte Konfrontation mit dem Leid dieser Menschen läßt einen den Sinn des Lebens in Frage stellen, aber daraus den eigenen unbändigen Lebenswillen schöpfen....

Diese Erlebnisse sollten verarbeitet werden. Man muß die Distanz zwischen Arbeit und Privatem bewahren. Erst wenn man sich über diese Problematik klar geworden ist, kann der Zivildienst für den Einzelnen ein unvergeßliches Erlebnis werden. Das soll aber nicht heißen, daß die Routine den Tätigen betäubt, sondern die Erfahrung den Umgang mit den Patienten erleichtert.

Mit jedem Tag mehr wächst die Integration in das „Team“ und die Arbeit. Ich denke, bereits jetzt nach der Hälfte meiner Dienstzeit sagen zu können, daß die Erfahrungen, die ich während meines Zivildienstes gemacht habe, mein weiteres Leben prägen werden. ■

Mario Voigt anlässlich der Jubiläumsveranstaltung „35 Jahre Zivildienst“

Zur
Diskussionsgrundlage
der Kirchen

Hamburg. Der Landesverband des Evangelischen Arbeitskreises begrüßt grundsätzlich die Bemühungen der beiden großen Kirchen, ein gemeinsames Wort zu den drängenden Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Lage in unserem Land zu entwickeln. Mit der Vorlage dieses Diskussionspapiers unterstreichen die katholische und evangelische Kirche gemeinsam ihre besondere gesellschaftliche Verantwortung. In einer Zeit weitreichender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Umbrüche und Veränderungen haben die Kirchen mit ihrem Entwurf versucht, in den zurückliegenden 15 Monaten eine breite Diskussion in allen Bereichen unserer Gesellschaft anzuregen. Dieser Anregung hat sich auch der EAK in Hamburg gestellt und sich insbesondere mit den Themenkomplexen Arbeit, Soziales, Wirtschaft und Familie befaßt.

Neue Aufgaben der
Bundeswehr - Humanitäre
Hilfe in Krisengebieten

Schwabmünchen. Hans Raidel, MdB und Vorstandsmitglied im Evangelischen Arbeitskreis und im Wehrpolitischen Arbeitskreis aus Oettingen, umriß die neuen Aufgaben der Bundeswehr: wir haben uns lange genug zurückgelehnt..und sind dabei oft arrogant geworden..ergänzte Oberst a.D. Werner Haase. Doch jetzt sind wir von unseren Verbündeten für folgende Aufgaben gefordert: 1. Humanitäre Hilfe auch in akuten Notlagen für Flüchtlinge 2. Vorbereitung lebensrettender Maßnahmen für die Eingreiftruppe und 3. für die Landesverteidigung.

Alle Maßnahmen werden ohne finanzielle Beteiligung von Seiten der Betroffenen und unabhängig vom politischen System außerhalb unseres Landes getroffen. Die Bundeswehr benötigt für alle diese Aufgaben eine spezielle Ausrüstung und eine Top-Ausbildung. Mit Frei-



Von links: W. Hasse, H. Raidel, MdB, Dr. A. Thomas, Dr. H. Günther

willigen alleine ist dies nicht zu machen, der Gesamtbedarf wird heute auf ca. 800 000 Personen geschätzt.

Oberfeldarzt Dr. Alfred Thomas vom Bundeswehrkrankenhaus in Ulm berichtete,

daß 50 Ärzte, 350 Angehörige des Lazarettpersonals dazu 30 Franzosen, die im deutschen Lazarett mitarbeiten, in einem Container-Lazarett mit Operationssälen, Krankenstation, Labor und Intensivstation im Einsatz sind.

Was bedeutet es, wenn die
Mehrheit der Bevölkerung
nicht mehr christlich ist?

Leipzig. Ein Gesprächsabend zu diesem Thema fand in der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig statt. Eingeladen hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU Sachsen. Prof. Martin Petzold, Leipzig, und Dr. Michael Feist, Dresden, waren für Einführungsvorträge aus der Sicht der kirchlichen Verantwortung und der staatlichen Verantwortung gewonnen worden.

In seiner Sicht aus staatlicher Verantwortung stellte Dr. Feist das Thema des Abends unmittelbar praktisch: „Was ist zu tun, wenn immer mehr Menschen den christlichen Halt verlieren und auch die Politik sich immer weniger an christlichen Idealen orientiert?“ Als Lebenskräfte, die unmittelbar aus dem Chri-

stentum folgen und gesellschaftlich wirksam sein sollen, nennt Dr. Feist vier Ansätze:

- Christen sollen die Liebe Gottes empfangen und an die Menschen weitergeben,
- Je größer der Glaube, desto größer ist die Zuversicht, und je geringer der Glaube, desto größer ist die Angst,
- Glaube ist die Grundlage, auf der Christen die Welt verstehen, und
- Glaube ist die Grundlage, auf der Christen die Welt bestehen.

Die Abkehr vom Glauben erzeugt Angst, Abwehr, Rücksichtslosigkeit, Lieblosigkeit, Verlust der Maßstäbe, Überdruß und Katastrophenstimmung mit allen ihren Ausdrucksformen.

Feist verwies hier auf eine statistische Erhebung der Kriminologen, wonach von Schwerverbrechern die Frage: „Liebt Dich denn keiner?“ stets mit Nein beantwortet werde. ■

Der EAK-Ludwigsburg lädt ein:

Zur Besichtigung der Ensinger Mineralquellen und zum Vortrag mit Diskussion:

„Verantwortlicher Umgang mit dem Lebenselement Wasser“

Dr. Hans Hermann Böhm,
Umweltbeauftragter der Ev. Landeskirche

Dienstag, 25. Juni 1996, 18.00 -21.30 Uhr
Ensinger-Mineralquellen GmbH
Horrheimer Str. 28-30, Vaihingen-Ensingen

Kosten incl. Imbiß 10,- DM/Person
Weitere Inf. bei Ulrich Hirsch unter: 07046/26 32

Christen müssen mehr über Gott reden

Nordhorn. Die Christen müßten mehr von Gott reden und aus dem „Wurzelgrund ihres Glaubens“ erklären, weshalb sie Sinnvolles, Hilfreiches und Wichtiges sagen können über den Menschen, wie er leben kann und wie Gesellschaft und Staat sich entwickeln können.

Diese Auffassung hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. **Hermann Kues** (Lingen) auf einer Veranstaltung des EAK der CDU Grafschaft Bentheim vertreten.

In seinem Referat „Christliche Werte, nicht mehr gefragt?“ erklärte der CDU-Politiker, es habe keinen Zweck, Werteverlust und Orientierungslosigkeit in der modernen Wohlfahrtsgesellschaft zu beklagen, wenn man nicht bereit sei, sich selbst zu bekennen und Politik auch stärker als geistige Auseinandersetzung zu begreifen.

Gemeinsame Werte und Überzeugungen dienen in der Demokratie als „Kitt“, damit die Gesellschaft nicht in Einzelinteressen auseinanderfalle.

Ein individualistisch beengtes Verständnis von Selbstverwirklichung stehe im Gegensatz zum christlichen Menschenbild, das auf Eigenverantwortung und Solidarität gleichermaßen basiere und die Gebrochenheit und die Grenzen menschlicher Existenz sehe und damit sowohl vor der Überforderung des einzelnen als auch vor utopischen gesellschaftlichen Leitbildern und Übereifer der Politik schützt. ■

Wie sozial ist die Marktwirtschaft?

Annaberg. Zur Erörterung dieser Frage hatten sich im erzgebirgischen Annaberg interessierte Bürger zusammengefunden, um auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen von Staatsminister Dr. **Hans Geisler**, Erklärung und Aufklärung zu dieser Frage zu erhalten.

Die Veranstalter hatten im Vorfeld die Gründung eines EAK-Kreisverbandes angedacht und dank der vielen christlichen Bezüge, die Dr. Geisler hergestellt hatte, fand ein solcher Vorschlag allgemeine Zustimmung.

Die Versammelten wählten **Dieter Straßburg** aus Wiesa zum Vorsitzenden, **Erika Brückner** aus Annaberg zur Stellvertreterin und **Christine Wohlgemut**, **Regina Fichtner** und **Hartmut Götzl**, MdL zu Beisitzern. ■

Michael Bergmann als EAK-Vorsitzender wiedergewählt

Darmstadt. Auf seiner Mitgliederversammlung wählte der Evangelische Arbeitskreis der CDU Darmstadt den Stadtverordneten **Michael Bergmann** erneut zum Vorsitzenden, nachdem er seinen Rechenschaftsbericht gegeben hatte.

Die Mitgliederversammlung wählte außerdem in den Vorstand **Ludwig Achenbach** und **Frank Kromer** (RCDS) als stellvertretende Vorsitzende sowie **Horst Alting**, **Helga Andres**, **Thorsten Hupperts** und **Günter Preus** als Beisitzer. ■

Politik und Verantwortung im Dienste der Menschen

Markgröningen. Bundeslandwirtschaftsminister **Jochen Borchert** war zu Gast beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU Ludwigsburg. Im Markgröninger Spitalkeller sprach er zum Thema: „Politik und Verantwortung im Dienste der Menschen“.



Jochen Borchert: Wir müssen eine Wertediskussion führen.

EAK-Kreisvorsitzender **Ulrich Hirsch** konnte zahlreiche prominente Gäste begrüßen.

räte und CDU-Landtagskandidat **Klaus Herrmann**. Der Evangelische Arbeitskreis sei kaum tagespolitisch aktiv, so Minister Borchert zu Beginn seines Referates, er versuche vielmehr, eine permanente Wertediskussion zu führen und in der Union anzuregen.

Borchert machte deutlich, daß Macht notwendig sei, um politisch zu handeln. Nur wer die ihm verliehene Macht verantwortlich im Dienste des Men-

schen gebrauche, könne jedoch eine Wertebindung zum Handeln herstellen.

So waren Bürgermeister **Rudolf Kürner** und Landtagsabgeordneter **Günther H. Oettinger** der Einladung ebenso gefolgt wie zahlreiche Stadt

Diese Werte seien für ihn die aus dem christlichen Glauben entspringende Pflicht zur Gerechtigkeit, zur Solidarität und zur Nächstenliebe. ■



Foto: Max Malsch

Über 10.000 Unterschriften für eine Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Lebensmittel überreichte Ilse Voigt, die Vorsitzende der Evangelischen Frauenand, dem EAK-Bundesvorsitzenden, Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5 44-305/6 · Fax 5 44-5 86 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM · Konto: EAK, Postgiroamt Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!

DGB-Sozialgipfel: Zum Entwurf einer Sozialstaatscharta

„Soziale Sicherung ist von grundlegender Bedeutung für das Leben des Menschen. Sie muß Schutz vor Lebensrisiken (Arbeitslosigkeit bzw. Armut, Pflegebedürftigkeit) leisten und für die Erhaltung von Lebensqualität sorgen. Sie muß orientiert sein an elementaren Grundwerten wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, sozialer Friede und elementaren kulturellen Standards einer sozialen Gesellschaft. Zu diesen Werten zählen für die Kirchen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Mitbestimmung, die Gemeinwohlorientierung, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, der Generationenvertrag, der Schutz von Ehe und Familie und der Schutz der Sonn- und Feiertage. Soziale Sicherung ist nicht einfach eine pragmatische Maßnahme des auf Minimierung von sozialen Belastungen und sozialen Spannungen bedachten Staates.

Sie ist auch nicht ein Unternehmen, das einfach nur die Überschüsse einer erfolgreichen Volkswirtschaft verteilt. Sie ist vielmehr ein elementarer Bestandteil unserer politischen Kultur. Es ist mir wichtig, daß wir so etwas wie eine „Vision“ von einem demokratischen, sozialen und zukunftsfähigen Sozialstaat Bun-

desrepublik Deutschland haben und uns engagiert für seine Verwirklichung einsetzen. . . . Warum ist es so schwer, in diesen Tagen unseren Sozialstaat im Konsens zu bewahren, anzupassen und zu verbessern? Lassen Sie mich dazu einige Gesichtspunkte nennen:

► Es geht hier um gegensätzliche Interessen und es wird versucht, diese Interessen durchzusetzen. Die Angst um das Unterliegen im Kampf um die Wahrung der Interessen wird bereits in Gesprächen spürbar, aus denen die Offenheit schwindet und in die das Taktieren einzieht. Hier frage ich uns alle nach dem verantwortlichen Umgang mit Macht.

► Schwierigkeiten macht das Beharren auf unveränderten Wunschzielen. Alte Schlachten sollen jetzt noch einmal geschlagen werden. Man muß bei vielen Äußerungen den Eindruck bekommen: Es geht nicht um neue, angepaßte Lösungen, sondern um die Verwirklichung uralter Forderungen und um politische Tageserfolge. Wie bei der Streichung des Buß- und Bettages haben wir den Eindruck, daß es oft eher um das Bezahlen politischer Preise als um eine wirkliche, sachliche und angemessene Problemlösung geht. Ich frage uns alle nach redlicher Sachbezogenheit.

► Was ein Vorankommen ebenfalls schwierig macht, ist die menschliche Neigung zu selektiver Wahrnehmung und einer interessengeleiteter Sicht der Dinge. Ist das Bild von dem überbordenden Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland, internationaler Spitzenreiter in Sozialausgaben, wirklich richtig? Ist unsere Vorstellung von Wirtschaft und Sozialstaat, bei dem so stark die westdeutsche Sicht bestimmend ist und bei dem die Fragen der Länder der Dritten Welt keine große Rolle spielen, der globalen Situation angemessen? Ist es richtig, die Dinge so ausschließlich und überbetont betriebswirtschaftlich zu sehen oder so ausschließlich orientiert an den Interessen und Belangen unserer Klientel oder so ausschließlich aus der Sicht der Bessergestellten? Hier ist mehr Gesamtsicht, Weitsicht und Beachtung der anderen gefragt.

► Und schließlich das weitverbreitete Besitzstandsdenken. Es zieht sich durch unsere Gesellschaft und macht auch vor den Kirchen nicht halt. Sehr schnell geht das Besitzstandsdenken davon aus, daß das, was zweifellos bewahrt werden muß im Sozialstaat, selbstverständlich identisch ist mit dem, woraus man selbst Nutzen zieht. Hier frage ich uns alle nach mehr Gemeinwohlorientierung und Uneigennützigkeit.“

Anm:

Aus dem Statement des Vorsitzenden des Rates der EKD, Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt, beim DGB-Sozialgipfel am 8. Mai 1996 in Köln.

Unsere Autoren:

Bundesminister
Jochen Borchert MdB
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Dr. Bernhard Worms
Senioren-Union
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Prof. Dr. Otto Strecker
Gluckstr. 9
53115 Bonn

Dr. Monika Schwinge
Bahnhofstr. 18-20
25421 Pinneberg

Dieter Hackler
Rochusstr. 8-10
53123 Bonn